



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/137 - 19.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 990

Der Konflikt um Guatemala	S. 1
Mendes-France	S. 3
Die Lage bei den Vertriebenen-Verbänden	S. 4

Schießkrieg in Guatemala

(sp) Ein Mitgliedstaat der Vereinten Nationen ist von einem anderen Mitglied dieser Organisation aus angegriffen worden. In den ersten Meldungen ist von dem Einmarsch von Truppen aus Honduras nach Guatemala, von Flugzeugangriffen auf Öllager und anderen militärischen Aktionen die Rede.

-Staatsstreich, Umsturzversuche und Grenzzwischenfälle gehören seit Jahrzehnten zu den ständigen Requisiten mittel- und süd-amerikanischer Politik. Was den gegenwärtigen Konflikt aus früheren ähnlichen hervorhebt, ist die Deutlichkeit, mit der die Vereinigten Staaten, noch lange bevor es zum offenen Ausbruch von Feindseligkeiten kam, diplomatische Aktionen unternahmen, um Guatemala gegenüber seinen Nachbarn und der übrigen Welt zu isolieren.

Um was geht es in diesem kleinen mittelamerikanischen Staat? Die USA behaupten, Guatemala, ein Land nur etwa dreimal so groß wie die Schweiz, werde von seiner Regierung zu einem kommunistischen Brückenkopf entwickelt, der für die ganze amerikanische Welt eine ernste Bedrohung darstelle. Als Beweis dafür führten nordamerikanische Stellen Waffenlieferungen an, die schwedische und andere Schiffe mit dem Bestimmungsort Guatemala an Bord hatten und deren Ursprung in Ländern jenseits des Eisernen Vorhanges lag. Die beabsichtigten, aber verhinderten Waffenlieferungen beantworteten die Vereinigten Staaten ihrerseits mit gleichen Lieferungen an die Guatemala benachbarten Republiken. Das ist die sozusagen politische Seite der Angelegenheit. Dabei ist zu bemerken, daß im Parlament

von Guatemala von 56 Abgeordneten nur fünf deklarierte Kommunisten sitzen, der Präsident des Landes ebenfalls nicht Kommunist ist, die Kommunisten auch sonst nicht in der Regierung vertreten sind.

Aber diese Regierung hat den Ruf einer radikalen Reformfreudigkeit die, dem Beispiel Mexikos und anderer lateinamerikanischer Staaten folgend, eine großzügige Neuverteilung des Eigentums an Grund und Boden vorzunehmen gewillt ist bzw. sie durchgeführt hat. Sie geriet dabei in scharfen Gegensatz zu den, das Land wirtschaftlich beherrschenden amerikanischen Kapitalgesellschaften, insbesondere der "United Fruit Company", deren Besitz inzwischen weitgehend enteignet worden ist. Gegenwärtig ist ein Entschädigungsanspruch dieser Gesellschaft in Höhe von 16 Mio Dollar noch nicht entschieden. Dieselbe Gesellschaft besitzt - übrigens auch in den Nachbarstaaten Guatemalas, vor allem in Honduras, riesige Plantagen, deren Eigentum durch ein mögliches Übergreifen der gegenwärtigen Entwicklung in Guatemala ernsthaftest gefährdet erscheint. Von diesem Lande aus werden dann auch die militärischen Angriffe gegen Guatemala vorggetragen, unter Beteiligung von Emigrantengruppen aus diesem Lande.

Guatemala ist, wie gesagt, ein Mitgliedstaat der UN, genau wie die USA. Der Unterschied in der Größe und Bedeutung sollte keine Rolle spielen. Der Zusammenhang zwischen dem militärischen Vorgehen gegen Guatemala und der schon in Caracas so deutlich gewordenen politischen Gegnerschaft zwischen ^{den} USA und dem jetzt angegriffenen Land ist kaum zu übersehen. Es erhebt sich die Frage, ob hier nicht Praktiken angewandt werden, die eine peinliche Verwandtschaft mit den Methoden aufweisen, welche von den freien Nationen, die in der UN zusammengeschlossen sind, bisher auf das heftigste bekämpft wurden und gegen die sogar die freien Nationen sich zu einer militärischen Intervention entschlossen.

Der Kampf gegen den Kommunismus droht hier in einen Kampf zur Aufrechterhaltung halbkolonialer Zustände umgefälscht zu werden, der der Sache der Freiheit einen schlechten Dienst erweisen würde, weil er in den Augen aller wirtschaftlich unentwickelten, Freiheit suchenden Völker diffamiert werden würde. Es darf nicht nur die Alternative Kommunismus oder Wirtschafts imperialismus alter Prägung geben. Gerade die westliche Welt sollte sich die Möglichkeit offen halten, daß sich unter den Postulaten von Freiheit und Demokratie die Völker und Staaten ihr eigenes Leben gestalten.

Wer ist Mendes-France ?

G.S.-Paris

Bereits vor einem Jahr war der radikale Abgeordnete Mendes-France mit der Regierungsbildung beauftragt worden, nur wenige Stimmen fehlten ihm zu seiner "Investitur", die dann Lanuel erhielt. Mendes-France hatte damals im französischen Parlament die ungewöhnliche Leistung vollbracht, durch eine lange, wohlkonstruierte Rede die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, und insbesondere der französischen Jugend, nicht nur auf sich, sondern auf die Politik im allgemeinen zu lenken, und zwar zu einer Zeit, da eine allgemeine Müdigkeit in Frankreich und ein politischer Defaitismus herrschte.

Trotz seiner Zugehörigkeit zur Radikalen Partei ist Mendes-France alles andere als der übliche französische Durchschnittspolitiker, der nach Amt und Würde trachtet. Er ist kein Sozialist, aber er ist mit den Sozialisten einig darüber, daß das französische Wirtschaftschao und die Rückständigkeit des Landes auf wirtschaftlichem Gebiet nur durch eine Reihe geplanter Maßnahmen beseitigt werden kann. Als erster hat er in Frankreich Verhandlungen mit dem Viet-Minh in Indochina gefordert und als einer der ersten hat er sich gegen die Wahnsinnspolitik in Nordafrika gewandt, die jetzt dort zu einer eigentlichen Bürgerkriegssituation (besonders in Marokko und Tunesien) geführt hat. Auf innenpolitischem Gebiet ist Mendes-France zweifellos als eine "linke" Persönlichkeit zu betrachten. Er tritt, wie die Sozialisten, für Sozialreformen, aber gleichzeitig für eine beträchtliche Erhöhung der Produktion und Produktivität ein, für einen "modernen Kapitalismus", der schließlich in der Lage sein soll, der ausländischen Konkurrenz mit Erfolg entgegenzutreten und dem französischen Volk gewisse Zukunftsperspektiven zu bieten.

Bereits Léon Blum war, zur Zeit als er die Volksfrontregierung bildete, auf diesen Mann aufmerksam geworden und hatte ihn zum Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium gemacht. De Gaulle hatte nach dem Kriege Mendes-France mit dem Wirtschaftsministerium betraut, doch war Mendes-France zurückgetreten, weil de Gaulle nicht eine Maßnahme beschließen wollte, die Mendes-France in den Nachkriegsjahren der Spekulation und Schiebergewinne für unerlässlich hielt: Die Blockierung aller Bankkonten und den Umtausch der Banknoten.

19. Juni 1954

Auf außenpolitischem Gebiet tritt Mendes-France zwar grundsätzlich für den Atlantikpakt ein, wehrt sich aber dagegen, daß in Paris unbeschränkt jede amerikanische Direktive hingenommen wird. Was die EVG anbetrifft, so ist Mendes-France der Auffassung, daß man nicht in Frankreich ein Projekt durchbringen könne, dem zumindest eine gewaltige Minderheit des Parlaments (wenn nicht die Mehrheit...) und jedenfalls ein großer Teil des französischen Volkes feindlich gesinnt ist. Er tritt für eine "Ersatzlösung" ein, verhehlt jedoch nicht, daß er im Prinzip eine deutsche Teilnahme an der westlichen Verteidigung für unerlässlich halte.

Häufig wurde erklärt, daß Mendes-France eine "neue Volksfront" mit den Kommunisten bilden wollte: Das ist grundfalsch. Zwar hat Mendes-France die offizielle französische Politik sehr scharf kritisiert, aber niemals hat er in irgendeiner Form mit den Kommunisten geliebäugelt. Es war logisch, daß man diesem Mann, der in der Vierten Republik als der Sprecher einer konstruktiven Opposition galt, die Möglichkeit gab, das Vertrauen der Nationalversammlung zu erheischen.

+ + +

Verwirrung und Mißtrauen

(sp) Die Fronten der Vertriebenen-Organisationen sind in Bewegung geraten. Nach der jahrelangen, immer noch in Gange befindlichen Fehde zwischen dem ZvD und dem Verband der Landsmannschaften und nach dem durch den Abgang Waldemar Krafft von der Führung offenbar gewordenen Zerwürfals im Gesamtdeutschen Block/BHE hat jetzt der Übertritt des ZvD-Vorsitzenden Dr. Kather von der CDU zum GB/BHE den ersten organisatorischen Stellungswechsel an der Spitze der Vertriebenenbewegung gebracht.

Als Kather nach seinem ergebnislosen Kampf gegen den früheren Bundesvertriebenenminister Dr. Lukaschek auch bei der Bildung der neuen Bundesregierung nach dem 6. September v.J. zugunsten des BHE unberücksichtigt geblieben war, stand endgültig fest, daß seine Ambitionen innerhalb der CDU keine Erfüllung finden werden. Damit war auch seine Stellung als Vorsitzender des ZvD gefährdet. Durch den steigenden Gegensatz zum VdL, der sich jederzeit der Förderung sowohl des Bundesvertriebenenministeriums als auch des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen erfreute, drohte der ZvD in die Isolation zu geraten. Kather mußte in dieser Situation einen Ausweg suchen. Seine Testversuche beim

GB/BHE blieben jedoch ohne Wirkung, solange Kraft den CDU-freundlichen Kurs der Partei bestimmt. Auch dürfte Kraft eine Zusammenarbeit mit dem anspruchsvollen und rücksichtslosen Dr. Kather gescheut haben.

Der Wechsel in der Führung des GB/BHE machte den Weg für Kathers Übertritt frei. Das dürfte nicht ohne Folgen für die Organisationsfront der Vertriebenen bleiben. Noch bevor Kathers Schritt offiziell bekanntgegeben worden war, erschien in der Presse die Behauptung, Kraft werde den BHE verlassen und zur CDU übergehen, falls mit Kather eine Radikalisierung des BHE eintreten sollte. Eine Zeitungsente? Kraft hat jedenfalls nicht dementiert und ein solcher Schritt wäre angesichts seiner Verärgerung durchaus verständlich und eine logische Konsequenz seines bisherigen Verhältnisses zu Kather. Überdies muß es Kraft klar sein, daß seine Bedeutung im BHE nunmehr noch weiter herabsinken muß.

In arge Bedrängnis sind der VdL und die ihm nahestehenden Kulturorganisationen geraten. Noch Ende März hatte Bundesvertriebenenminister Prof. Oberländer als Schirmherr der Aachener VdL-Kulturtagung die Kulturarbeit des ZvD-Kulturwerkes verächtlich mit dem Prädikat Kulturmanagement bedacht, was den VdL besonders siegessicher machte. Und nun diese Wendung! Schon hat der VdL die Kulturreferenten seiner Organisationen zusammengerufen und mit ihnen nach einem Ausweg aus der Lage gesucht. Soll die Tatsache, daß diese Lagebesprechung der VdL-Kulturreferenten im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen stattfand, darauf hindeuten, daß nun der Streit ZvD - VdL zu einer Frontstellung Oberländer - Kaiser führen wird? Schon verlautet, daß Kaiser sich einer Abgabe seiner bisherigen Kompetenzen in Vertriebenenangelegenheiten an Oberländer widersetzen wird, wobei er der Unterstützung Dr. Adenauers gerade jetzt sicher sein dürfte. Der Umstand, daß Kaiser bei der feierlichen Konstituierung der Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands Dr. Kather nicht zu Worte kommen ließ, kann als erstes sichtbares Anzeichen für diese Entwicklung angesehen werden.

.. Auf jeden Fall wird der Schritt Kathers nicht zur Konsolidierung der Vertriebenenbewegung beitragen und den Vertriebenen keinen Nutzen bringen. Der Zerfall des BHE wird dadurch nicht aufgehalten, die Verwirrung unter den Vertriebenen und ihr Mißtrauen gegenüber den Organisationen wird nur noch größer.